

Bericht der Justiz- und Sicherheitskommission an den Landrat

betreffend Die öffentliche Sicherheit muss wieder sichergestellt werden

2023/708

vom 20. Mai 2025

1. Ausgangslage

Mit Blick auf verschiedene Medienberichte stellt Landrätin Caroline Mall fest, dass die Bevölkerung im Kanton Basel-Landschaft «aufgrund der massiven Zuwanderung bzw. der Asylsuchenden um ihre Sicherheit fürchten» müsse – dies insbesondere «wegen Diebstählen, Einbrüchen, Körperverletzungen, Drogenhandel etc.». Die Postulantin lädt den Regierungsrat darum ein, zu prüfen und zu berichten, «wie er das Gleichgewicht von Ordnung und Sicherheit gegenüber den Bürgerinnen und Bürgern gewährleistet und welche Massnahmen er unternimmt, um die mittlerweile zu vielen Asylunterkünften in unserem Kanton strikt zu kontrollieren».

Der Regierungsrat schreibt in seiner Antwort, er habe Verständnis, «dass die Postulantin und mit ihr sicher auch ein Teil unserer Bevölkerung Bedenken in Bezug auf die Gewährleistung der öffentlichen Sicherheit» habe. Gestützt auf die polizeilichen Kriminalstatistiken der letzten Jahre müsse aber «unmissverständlich» festgehalten werden, dass der Kanton Basel-Landschaft «zweifellos zu den sichersten Kantonen der Schweiz gehört». Die Zunahme der Straftaten im Bereich der Diebstähle ab/aus Fahrzeugen dürfte aber nach Polizei-Erkenntnissen durch Asylbewerbende mitverursacht sein, attestiert der Regierungsrat; dies lasse sich auch anhand der in flagranti festgenommenen Personen erkennen. Die entsprechenden Täter seien vor allem auf Bargeld und auf Gegenstände des Alltagsgebrauchs aus, die sie rasch und einfach verwerten bzw. verbrauchen können. Solche Delikte «mit einer niedrigen Schwelle für den Tatentschluss» liessen sich aber leicht verhindern.

Wenn die Polizei feststelle, dass es zu einer Häufung von Einbrüchen oder Diebstählen ab/aus Fahrzeugen komme, führe sie immer wieder Schwerpunktaktionen in den betroffenen Gebieten durch. Solche Kontrollen würden zur Abschreckung einer mutmasslichen Täterschaft beitragen. Einen spürbaren Erfolg würden aber auch Hinweise aus der Bevölkerung «bei der Feststellung verdächtiger Personen oder dubioser Vorgänge» bringen, heisst es.

Der Regierungsrat nimmt auch Stellung zu den die im Postulat angeregten Kontrollen in Asylunterkünften. Durchsuchungen oder Razzien seien in Asylunterkünften, wie auch gegenüber der übrigen Bevölkerung, nur im Rahmen von Strafverfahren möglich. Dies setze einen konkreten Anfangsverdacht auf eine bestimmte Tat und/oder Person voraus. Asylbewerbende wie auch die übrige Bevölkerung hätten einen grundrechtlichen Anspruch auf Wahrung der Privatsphäre, der nicht einfach polizeilich durchbrochen werden könne.

Gestützt auf seine Ausführungen beantragt der Regierungsrat die Abschreibung des Postulats.

Für Details wird auf die [Vorlage](#) verwiesen. Die Geschäftsleitung des Landrats hat sie am 27. März 2025 an die Justiz- und Sicherheitskommission überwiesen.

2. Kommissionsberatung

2.1. Organisatorisches

Die Kommission hat die Vorlage an ihrer Sitzung vom 28. April 2025 beraten – dies im Beisein von Sicherheitsdirektorin Kathrin Schweizer und Angela Weirich, Generalsekretärin der Sicherheitsdirektion. Reto Zuber, Vizekommandant der Polizei Basel-Landschaft und Chef der Sicherheitspolizei, hat die Ergebnisse der Abklärungen präsentiert.

2.2. Eintreten

://: Eintreten war unbestritten

2.3. Detailberatung

Die Kommission nutzte die Postulatsbeantwortung für einen breiten Tour d'horizon zu den Fragen der Kriminalitätsformen und der Strafverfolgung.

Es wurde zunächst gefragt respektive festgestellt, dass die im Rahmen des Sicherheitsberichts Polizei.Plus (Vorlage [2024/438](#)) geplante und in einem kleineren Ausmass bereits erfolgte Aufstockung des Polizei-Korps erste Schritte zu einer vermehrten Präsenz der Polizei auf der Strasse ermöglichen wird. Diese Strassenpräsenz dürfte präventiv gegen Diebstähle aus/ab Fahrzeugen und gegen Einbrüche wirken, wie sie im Postulat thematisiert sind. Die breit angelegte Aktion «Ladro» aus dem Jahr 2014 wurde in diesem Zusammenhang mehrfach genannt. Zweitens soll die Ermittlungsarbeit verstärkt werden, die auch bei «verborgenen» Delikten etwa im Bereich der sexuellen Integrität oder des Menschenhandels greifen soll – bei Delikten mithin, die nicht mit Strassenkontrollen eingedämmt werden können. Solche Ermittlungen sollen potenziell auch Strukturen der organisierten Kriminalität (OK) bzw. im Bereich der Holkriminalität aufdecken, für deren Bekämpfung heute nur wenige Ressourcen zur Verfügung.

Ein Problem sind aus Polizeisicht aber die Restriktionen des Datenschutzes. Ein Vorhaben, das einen erleichterten Datenaustausch unter den Kantonen vorsieht, ist in Arbeit, muss aber noch verschiedene Hürden nehmen. Die Frage, ob die OK eher auf Bundes- oder auf kantonaler Ebene bekämpft werden soll, wurde dahingehend beantwortet, dass die Kantone eine entsprechende Schlagkraft aufbauen könnten; die Polizei Basel-Landschaft jedenfalls wolle diese Aufgabe als Teil ihres Auftrags wahrnehmen.

Kontrovers diskutiert wurde die Frage der Gewichtung der verschiedenen Kategorien der Kriminalität. Es bestand keine Einigkeit, wie die statistisch stark vertretenen Delikte gegen das Vermögen (namentlich Einbrüche) und jene gegen die Freiheit (beispielsweise Menschenhandel) qualitativ gegen einander abzuwägen sind. Letztere seien schwerwiegender, hiess ein einerseits. Ein Einbruch könne für die betroffenen Personen genau so gravierend sein, wurde andererseits betont. Der Vertreter der Polizei betonte, dass beide Bereiche die nötige Aufmerksamkeit verdienen. Vermögensdelikte seien im Kanton Basel-Landschaft (wie auch in der Nordwestschweiz insgesamt) vergleichsweise stark vertreten – und sie würden das subjektive Sicherheitsempfinden der Bevölkerung tangieren (was sich etwa in der Installation von Alarmanlagen niederschlage). Die vergleichsweise hohe Aufklärungsquote bei den Delikten gegen die Freiheit (bei denen die Ermittlungen viel Aufwand erforderten) zeige aber handkehrum, dass die Polizei die Mittel auch in diesem Bereich angemessen einsetze.

Die Ausführungen des Referenten zeigten last but not least die neuesten statistischen Daten. Die Einbrüche bewegten sich im letzten Jahr in einer steigenden, aber per Ende 2024 abgebremsten Tendenz. Bei den Diebstählen ab/aus Fahrzeugen konnte demgegenüber – als Folge der Bemühungen der Polizei und weiterer Behörden – eine rückläufige Entwicklung festgestellt werden.

3. Beschluss der Kommission

://: Die Justiz- und Sicherheitskommission schreibt das Postulat mit 12:0 Stimmen ohne Enthaltung ab.

20.05.2025 / gs

Justiz- und Sicherheitskommission

Dominique Erhart, Präsident

Beilagen

keine